

Ist das die Zukunft Europas? – Bekämpfung des Klimawandels und Folgen der COVID-19-Pandemie



Zwei Themen stehen 2021 besonders im Vordergrund: Die weltweite Pandemie mit großen ökonomischen und sozialen Herausforderungen und Flutkatastrophen durch Starkregen.

In Deutschland war die Pandemie verbunden mit Kurzarbeit, Homeoffice, Problemen für den Handel aufgrund unterbrochener Lieferketten, Lockdowns, dauerhafte Schließungen von Unternehmen mit gravierenden Auswirkungen auf Wirtschaft und die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten.

Heftige Unwetter mit Starkregen nie dagewesenen Ausmaßes in Folge des Klimawandels, überfluteten nicht nur Keller, sondern zerstörten auch Existenzen und halbe Dörfer. Nach jüngsten Berechnungen hat Deutschland bereits eine Klimaerwärmung um 1,6 Grad erreicht, so dass nach Expert*innenmeinung mit mehr heißen Tagen, Dürremonaten und mehr Flutkatastrophen zu rechnen ist. Während der EU-Ratspräsidentschaft von Deutschland wurde ein großes milliardenschweres Finanzierungspaket verhandelt, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern. Werden die Maßnahmen, die mit diesem Milliardenpaket finanziert werden, zukunftsweisend sein? Wir werden eine kritische Zwischenbilanz ziehen.

EU-Klima-Kommissar Frans Timmermans hat 2021 ein Konzept zum Klimaschutz „Fit for 55“ vorgelegt, das u.a. als Ziel die drastische Reduzierung von CO2 vorsieht. Die hierfür notwendigen Maßnahmen sollen die Klimaneutralität Europas vorantreiben und zugleich sozial gerecht sein. Welche weiteren Folgen werden diese Vorschläge auf die anderen Politikbereiche, wie bspw. Beschäftigungspolitik bei Dekarbonisierung der Industrie und der Verkehrspolitik, haben und was heißt im Konkreten „sozial gerecht“? Weitere Seminarthemen: „Brexit“ und die Folgen / Politischer Zusammenhalt, Flüchtlingspolitik, Bürger*innen-Einfluss auf die EU-Politik / Rolle und Macht des EU-Parlaments / Wird EU-Politik nur in Brüssel und Straßburg gemacht? / Aufgabenteilung zwischen EU-Parlament, dem Ministerrat und der EU-Kommission / Wie sind die Länder und die Gewerkschaften in Brüssel vertreten und wie definieren sie ihren Arbeitsauftrag?

Mit diesem Bildungsurlaubsseminar wollen wir die Möglichkeit bieten, u.a. bei Gesprächen im Europa-Parlament, bei der EU-Kommission oder beim Europäischen Gewerkschaftsbund, diese und andere Fragen zur aktuellen EU-Politik zu beantworten und die Arbeit der Akteure vor Ort kennenzulernen.

■ **Termin:**
27.11. – 02.12. Brüssel N 076/22

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Kosten: eine Kostenbeteiligung wird erhoben; die genaue Höhe stand bei Drucklegung noch nicht fest

**Arbeit und
Leben**
MECKLENBURG-VORPOMMERN

ver.di Nord

Studien- reisen **2022**

ver.di Nord

ver.di Landesbezirk Nord
Hüxstraße 1
23552 Lübeck
Telefon 0451 8100-811
Fax 0451 8100-895
E-Mail: elfi.falk@verdi.de
E-Mail: peter.junk@verdi.de

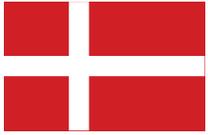
Anmeldung unter www.verdi-nord-seminare.de

**Arbeit und
Leben**
MECKLENBURG-VORPOMMERN

Arbeit und Leben Landesarbeitsgemeinschaft
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Dr.-Külz-Str. 18
19053 Schwerin
Tel. 0385 – 6383 290 – 293
Fax. 0385 6383 – 295
E-Mail: info@arbeitundlebenmv.de

Anmeldung unter www.arbeitundlebenmv.de

Leben und Arbeiten in Dänemark



Das Königreich Dänemark, unser Nachbarland im Norden, ist ein souveräner Staat und eine parlamentarische Monarchie. Zusammen mit den Färöern, die wie das Mutterland geographisch zu Nordeuropa gehören und Grönland, das zu Nordamerika zählt, ist Dänemark ein interkontinentaler Staat.

Dänemark ist eines der zwölf Gründungsmitglieder der 1949 gegründeten NATO und seit dem 1. Januar 1973 Mitglied der Europäischen Union (bzw. ihrer Vorgängerin EWG).

Die einzige Landgrenze hat Dänemark mit Deutschland, genauer mit Schleswig-Holstein. Im früher zu Dänemark gehörenden Landesteil von Schleswig-Holstein, Südschleswig, lebt bis heute eine dänische Minderheit und jenseits der dänischen Grenze lebt eine deutsche Minderheit. Hier ist Deutsch eine anerkannte regionale Minderheitensprache gemäß der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Wie geht jedoch die dänische Regierung mit anderen Minderheiten in ihrem Land um und was ist von der einstmaligen liberalen Flüchtlingspolitik übriggeblieben?

Wie ist die aktuelle Beschäftigungslage in Dänemark und hat Corona zu weiteren Deregulierungen beigetragen? Dänemark wird von Reformern gerne als gutes Beispiel für einen deregulierten Arbeitsmarkt angeführt – aber warum? Unter dem Motto „Flexicurity“ werden liberale Beschäftigungsregelungen, hohe soziale Absicherung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik miteinander kombiniert. Arbeitslose erhalten eine wesentlich höhere Arbeitslosenunterstützung als in Deutschland.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist vergleichsweise hoch (68 % im Jahr 2015). Tarifverhandlungen finden zentralisiert zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften statt. Die Gewerkschaften haben das Recht, zum Boykott gegen Arbeitgeber aufzurufen, die sich nicht an die Tarifregelungen halten.

Nach Jahren des hohen Wirtschaftswachstums hatte sich auch die dänische Wirtschaft infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in einer Rezession befunden. Im Jahr 2015 wuchs die dänische Wirtschaft dann wieder um 1,1%. Wie hat sich die ökonomische Situation seit der COVID-19-Pandemie entwickelt?

Die aktuelle Lage wollen wir vor Ort genauer betrachten. Die Teilnehmenden werden die Möglichkeit haben, über das Gewerkschaftssystem sowie das Arbeits- und Sozialsystem Dänemarks zu diskutieren und mit Interessenvertreter*innen von Gewerkschaften und politisch Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen.

■ **Termin:**
24.04. – 30.04. Dänemark N 024/22

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen.

Kosten: Kostenbeteiligung ca. 800 € (DZ, eigene Anreise, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Leben und Arbeiten in Nordirland



Nordirland und die Schwierigkeiten eines friedlichen Zusammenlebens

1920/1922 erlangt Irland die Unabhängigkeit als Irischer Freistaat und wird zur Republik Irland. Doch die Nordprovinzen bleiben als Nordirland im Einflussbereich des Vereinigten Königreiches. Seither existiert ein Identitäts- und Machtkampf zwischen zwei Bevölkerungsgruppen: Auf der einen Seite die englisch- und schottischstämmigen, unionistischen Protestanten und auf der anderen Seite die überwiegend irisch-nationalistischen Katholiken.

In Nordirland haben die Begriffe „protestantisch“ oder „katholisch“ eine besondere Bedeutung, denn sie dienen einem Unterscheidungsmerkmal zweier gesellschaftlicher Gruppen, die seit jeher gegensätzliche soziale, politische, wirtschaftliche und schließlich auch religiöse Geisteshaltungen pflegen.

Der Kontrast zwischen den alteingesessenen (bäuerlichen, armen, katholischen) Iren und den kolonialisierenden (wohlhabenden, industriellen, protestantischen) englischen und schottischen Siedlern prägt schließlich die Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe bis hin zur Ethnie, was auch in der Siedlungsgeographie sichtbar wird.

In den gewalttätigen Auseinandersetzungen des Nordirlandkonfliktes, den „Troubles“ in den Jahren 1969 bis 1998 bricht dieser Konflikt erneut auf und beherrscht die nordirische Politik dieser Jahre. Beinahe viertausend Menschen verlieren ihr Leben und kaum eine Familie bleibt vom Leid verschont.

Belfast und Derry sind die Zentren der Auseinandersetzungen. Seit der Unterzeichnung des Karfreitagabkommens (Friedensabkommen) im Jahre 1998 hat sich, abgesehen von gelegentlichen Rückschlägen, ein Friedensprozess entwickelt, der heute als stabil betrachtet wird. Wir werden bei diesem Seminar insbesondere die historischen Orte, Mahnmale und Museen in Derry und Belfast aufsuchen, mit Gewerkschafter*innen und Politiker*innen sprechen, uns die Sozialarbeit von Stadtteilgruppen, die sich um Frieden und Stabilität bemühen, ansehen und mit Journalist*innen sowie weiteren sozial engagierten Gruppen sprechen.

Unsere Betrachtung soll sich von der Konfliktentstehung über die Folgen hin zum Friedensabkommen und bereits Erreichten bis zur aktuellen Situation heute erstrecken. Damit wollen wir uns der Frage zuwenden, was wir hieraus für eine Friedenspolitik für uns und im Allgemeinen lernen können.

■ **Termin:**
15.05. – 21.05. Nordirland N 035/22

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Englisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung ca. 970 € (DZ, HP, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Madrid – Geschichte(n) und Zukunftsvisionen



Finanzkrise – Immobilienkrise – Wirtschaftskrise – Coronakrise

Spanien war von der Finanzkrise, auf die eine Immobilienkrise und Wirtschaftskrise folgte, sehr stark betroffen. Als es nach der Finanzkrise mit der Wirtschaft wieder aufwärts ging, folgten mehrwöchige Lockdowns wegen der Corona-Pandemie, die der Wirtschaft in vielen Bereichen und insbesondere der Tourismusindustrie große Einbußen brachte.

Über 80 Millionen Tourist*innen besuchen Spanien jährlich, nur ein Bruchteil hat 2020 und 2021 Spanien bereist. Die Tourismusbranche, ein wichtiges Standbein der spanischen Wirtschaft, betrachtet 2020 als ein verlorenes Jahr. Wie werden die Aussichten und Folgen nach der Pandemie zu bewerten sein?

Um ein besseres Verständnis für das Land zu entwickeln, wird im Seminar neben der Auseinandersetzung mit der Wirtschafts- und Sozialgeschichte auch Raum sein, die Kulturgeschichte des Landes und den Ursprung des Reichtums (u.a. Kolonialismus) zu betrachten und zu diskutieren.

Madrid – Hauptstadt Spaniens, Sitz der Zentralregierung und eine der größten Metropolen Europas - hat eine lange Geschichte und bietet die Möglichkeit, sich mit vielen Facetten der aktuellen Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Spanien auseinanderzusetzen. Die Aktionen der Zentralregierung gegen die Unabhängigkeitsbewegung der Katalanen und die Politik der Regierung Sanchez werden u.a. Themen sein, die betrachtet und diskutiert werden können.

In Gesprächen mit Gewerkschafter*innen verschiedener politischer Couleur werden wir erfahren, welche wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen die jüngsten Krisen auf die Arbeitnehmer*innen hatten und welche Auseinandersetzungen und Probleme hieraus in der Gesellschaft entstanden sind. Dabei wird es insbesondere um die Folgen der Gentrifizierung und die nach wie vor hohe Arbeitslosenquote gehen.

Dieser Bildungsurlaub bietet somit die Möglichkeit, sich im direkten Austausch mit Vertreter*innen von Initiativen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie bei historisch-politischen Stadtrundgängen ein eigenes Bild über die aktuelle Situation in Spanien zu machen, mit eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu vergleichen und ggf. Visionen für eine andere Wirtschaftsform in Europa zu entwickeln.

■ **Termin:**
25.09. – 01.10. Madrid N 061/22

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Spanisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung ca. 970 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V